

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

18. WP - 6. Sitzung

am Mittwoch, dem 28. November 2012, 10 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Volker Dornquast (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Serpil Midyatli (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| <b>Tagesordnung:</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <b>Seite</b> |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| <b>1. Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein - TTG)</b>                                                                                                                                                                                                     | <b>4</b>     |
| Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br><a href="#">Drucksache 18/187</a><br><br>(überwiesen am 27. September 2012)<br><br>hierzu: <a href="#">Umdrucke 18/310, 18/318, 18/324, 18/325, 18/326, 18/340, 18/388, 18/393, 18/394, 18/395, 18/396, 18/397, 18/398, 18/399, 18/400, 18/401, 18/402, 18/403, 18/404, 18/405, 18/406, 18/411, 18/414, 18/415</a> |              |
| <b>2. Bericht der Landesregierung über die Arbeit der Projektgruppe Westküste</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | <b>5</b>     |
| <b>3. ÖPP auch bei der Instandhaltung von Autobahnen ermöglichen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <b>9</b>     |
| Antrag der Fraktionen von FDP und CDU<br><a href="#">Drucksache 18/314</a> (neu)<br><br>(überwiesen am 14. November 2012)                                                                                                                                                                                                                                                                                         |              |
| <b>4. S4 muss im vordringlichen Bedarf bleiben</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | <b>12</b>    |
| Antrag der Fraktion der CDU<br><a href="#">Drucksache 18/306</a><br><br>(überwiesen am 15. November 2012)                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |              |
| <b>5. Europäischer Radweg „Iron Curtain Trail“</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | <b>13</b>    |
| Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW<br><a href="#">Drucksache 18/279</a><br><br>(überwiesen am 16. November 2012 an den <b>Wirtschaftsausschuss</b> und den Europausschuss)                                                                                                                                                                                         |              |
| <b>6. Verschiedenes</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | <b>15</b>    |

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein - TTG)**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 18/187](#)

(überwiesen am 27. September 2012)

hierzu: [Umdrucke 18/310, 18/318, 18/324, 18/325, 18/326, 18/340, 18/388, 18/393, 18/394, 18/395, 18/396, 18/397, 18/398, 18/399, 18/400, 18/401, 18/402, 18/403, 18/404, 18/405, 18/406, 18/411, 18/414, 18/415](#)

Der Vorsitzende schlägt vor, am 16. Januar 2013 zu dem Thema eine mündliche Anhörung durchzuführen und bittet die Fraktionen, Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer bis zum 5. Dezember 2012 zu benennen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Bericht der Landesregierung über die Arbeit der Projektgruppe Westküste**

Staatssekretär Dr. Nägele berichtet über die in Büsum durchgeführte Kabinettsitzung, in der auch das Thema Projektgruppe Westküste angesprochen worden sei. Man habe sich auf die Kreise Dithmarschen, Steinburg und Nordfriesland sowie die Insel Helgoland als teilnehmende Regionen verständigt. Anfang kommenden Jahres solle ein Westküstenbeirat einberufen werden, der die Landesregierung beraten solle. Teilnehmen sollten die kommunalen Vertreter sowie Vertreter der Kammern der Kreise, der Wirtschaftsförderungsgesellschaften und des Tourismus. Ebenfalls sollten einzelne Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Region teilnehmen. Sobald der Kreis konkreter abgesteckt sei, werde man den Ausschuss genauer informieren.

Abg. Arp bedankt sich für die Initiative, eine Projektgruppe Westküste einzurichten, betont aber gleichzeitig, dass die Region besonders unter einigen Entscheidungen der Landesregierung, wie zum Beispiel das Kohlekraftwerk nicht ans Netz gehen zu lassen oder den A-20-Abschnitt von Sommerland nach Hohenfelde zunächst zurückzustellen, gelitten habe. Auch die Veränderung im Zugfahrplan in Glückstadt hätte seiner Ansicht nach zunächst vor Ort diskutiert werden müssen, bevor man eine Entscheidung getroffen habe.

Abg. Kumbartzky interessiert, wie die Entwicklung in Friedrichskoog weitergehen solle, nachdem die sogenannte Windfläche I nicht genehmigt worden sei.

Zu der Anmerkung von Abg. Kumbartzky führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass es insgesamt um regionale Entwicklung und nicht darum gehe, gute Rezepte aus Kiel in die Region zu tragen. Es gehe jetzt darum, Zeit zu gewinnen, um eine eigene Entwicklungsidee für Friedrichskoog jenseits des Themas Windenergie und Landwirtschaft zu entwickeln. Der Tourismus in Friedrichskoog sei zum Beispiel wichtig. Wichtig sei, dass die Initiative von den Akteuren vor Ort ausgehe.

Auf die Anmerkungen des Abg. Arp führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass die Wertschöpfung durch die Windenergie ein bisher nicht gekanntes Ausmaß angenommen habe. Durch den geplanten Ausbau der 380-KV-Leitung sei weitere Wertschöpfung möglich, die mehr wert sei, als das Kohlekraftwerk in Brunsbüttel. Die Grundlastversorgung könne auch ohne

ein Kohlekraftwerk sichergestellt werden, zum Beispiel nach der Fertigstellung von Nord.Link, das Zugriff auf Energieressourcen und Speicherkapazitäten in Norwegen biete. Damit könne auch die Grundlastfähigkeit hergestellt werden.

Im Hinblick auf die Bahnhaltstellen in Glückstadt führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass aus zwei 10 Minuten voneinander entfernten Haltestellen eine gemacht würde. Im Hinblick auf den von Abg. Arp angesprochenen siebten Bauabschnitt der A 20 hebt Staatssekretär Dr. Nägele hervor, dass der Westküste mit einer Fortführung der A 20 im vierten Bauabschnitt der Westküste mehr geholfen sei als mit dem isolierten Bau der Strecke Sommerland-Hohenfelde. Diese Punkte gehörten aus Sicht der Landesregierung nicht in einen Westküstenbeirat. Sehrwohl in den Westküstenbeirat gehörten Punkte wie die gezielte Entwicklung des Tourismus und eine stärkere Wertschätzung in der Region.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Einbindung von Landtagsabgeordneten aus der Region in das Gremium erläutert Staatssekretär Dr. Nägele, dass dieses Gremium zunächst dazu dienen solle, die Exekutive zu beraten. Man wünsche sich aber auch eine aktive Begleitung im Wirtschaftsausschuss, in dem man bereit sei, auch über die Zusammensetzung des Gremiums zu berichten. - Der Vorsitzende hebt hervor, dass eine Verlagerung von Beratung außerhalb gewählter Gremien aus seiner Sicht schwierig sei und begrüßt aus diesem Grund eine Einbindung des Wirtschaftsausschusses.

Abg. Arp unterstreicht, dass man das Gremium, wenn man es ernst nehmen wolle, auch in gewichtige infrastrukturpolitische Entscheidungen einbinden müsse. Darüber hinaus sei die Wertschöpfung durch Windenergie nicht erst durch die derzeitige Landesregierung entstanden. - Abg. Magnussen pflichtet Abg. Arp im Hinblick auf die Bewertung von ohne den Beirat getroffenen Entscheidungen auf die Arbeitsfähigkeit des Gremiums bei.

Abg. Magnussen betont, dass das Engagement vor Ort, den Hafen zu erhalten, aus seiner Sicht sehr groß sei. Das Problem sei nun, dass jetzt zwei ursprünglich geplante Windmühlen nicht gebaut würden. Ihn interessiert, ob Ausnahmeregelungen möglich seien, um die Hafensbetriebsgesellschaft in die Lage zu versetzen, von diesem Projekt zu profitieren.

Auf eine Anmerkung des Abg. Magnussen in Bezug auf die Gespräche in Friedrichskoog und die Bäderregelung führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass er in Friedrichskoog betont habe, dass, wenn es ein Entwicklungskonzept über den Hafen hinaus für die Region gebe, es nicht an dem Bau von zwei Windmühlen scheitern werde. Es sei Aufgabe der Landesplanung, gegebenenfalls mit einem Zielabweichungsverfahren den Bau der Windmühlen zu ermöglichen. Dies könne nicht vom Wirtschaftsministerium aus gesteuert werden. Die Tatsache, dass acht

Windmühlen eingesetzt werden sollten, um Gemeinwohl-Aufgaben zu finanzieren, werde von der Landesregierung ausdrücklich begrüßt. Die Gemeinwohlorientierung müsse aber über den Hafen hinausgehen. Das Engagement der Menschen vor Ort sei insbesondere unterstützenswert.

Abg. Schulze hebt die Bedeutung von verkehrspolitischen Projekten für das ganze Land hervor. Aufgabe der Landesregierung sei es, den Bau der A 20 mit ihren Auswirkungen für das ganze Land ebenso zu berücksichtigen wie die Bedeutung der funktionierenden Schleusen in Brunsbüttel und Kiel. Ankündigungen alleine wären wenig hilfreich. - Abg. Magnussen weist auf die baulichen Aktivitäten in Brunsbüttel und auf die laufenden Ausschreibungsverfahren hin.

Im Zusammenhang mit der Bahnanbindung von Glückstadt weist Abg. Dr. Breyer auf die Bedeutung der Anbindung nach Hamburg-Altona hin und erkundigt sich nach der Möglichkeit, diese aufrechtzuerhalten. - Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass er zu seinem vor Ort gegebenen Wort stehe. Eine Lösung müsse zusammen mit dem Kreis vor Ort entwickelt werden. Er weist zudem darauf hin, dass man die Westküste nicht auf Glückstadt reduzieren dürfe, die Streichung eines Haltes könne dazu führen, dass der Zug aus anderen Orten schneller in Hamburg sei. Er sagt zu, selbst noch einmal die Reise nach Glückstadt anzutreten und vor Ort Gespräche zu führen.

Abg. Dr. Breyer interessiert, wie die Volksvertreter in die Arbeit des Gremiums eingebunden würden, wenn keine Landtagsabgeordneten daran teilnähmen, ob Vertreter der Kommunalpolitik zu den Gesprächen eingeladen würden und inwieweit die Beratungen transparent seien, zum Beispiel durch Veröffentlichung von Protokollen.

Staatssekretär Dr. Nägele betont, dass das Gremium die Exekutive beraten solle und deshalb Öffentlichkeit im klassischen Sinne nicht vorgesehen sei. Einen Bericht im Ausschuss über die Arbeit der Projektgruppe sehe er nicht als Bürde an, sondern als Chance, noch mehr Ideen mit einzubinden. Die Kreise würden auf jeden Fall in die Arbeit eingebunden werden. Wen die Kreise entsenden würden, stehe noch nicht fest.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer zur Einsetzung von schnelleren Zügen, um den Halt in Glückstadt möglich zu machen, führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dieser Vorschlag sei ihm nicht bekannt. Er habe bisher nur von dem Vorschlag gehört, durch schnellere Wechsel in Altona einen schnelleren Fahrplan zu ermöglichen. Aus Sicht der Landesregierung überlaste ein schnellerer Wechsel jedoch den Strang zwischen Elmshorn und Hamburg. Man befinde

sich noch in der Prüfung. Hinzu komme, dass der Halt eines anderen Anbieters die Kosten und somit auch den Zuschussbedarf in die Höhe treibe.

Staatssekretär Dr. Nägele hebt auf eine weitere Nachfrage des Abg. Dr. Breyer hervor, dass die von ihm gestellten Fragen im Hinblick auf die Veränderung der vertraglich geregelten Exklusivität beantwortet würden.

Abg. Matthiessen weist zur Diskussion um einzelne Projekt hin, dass es bei dem Tagesordnungspunkt hauptsächlich um die Projektgruppe Westküste und deren Einrichtung gehen solle und regt an, sich auf dieses Thema zu konzentrieren.

Auf eine Frage des Abg. Kumbartzky zu Veränderungen im Hinblick auf den Stand zur HUSUMWind führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass sich dieser nicht verändert habe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.



Punkt 3 der Tagesordnung:

### **ÖPP auch bei der Instandhaltung von Autobahnen ermöglichen**

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU

[Drucksache 18/314](#) (neu)

(überwiesen am 14. November 2012)

Abg. Arp führt zur Begründung des Antrages aus, dass es stark sanierungsbedürftige Verkehrswege in Schleswig-Holstein gebe, zu deren Sanierung man über neue Wege der Finanzierung nachdenken müsse. Auf Bundesebene solle man sich deshalb dafür einsetzen, ÖPP auch bei der Instandhaltung von Autobahnen und nicht nur bei Neubaumaßnahmen zu ermöglichen.

Abg. Dr. Tietze schlägt vor, sich über Vor- und Nachteile von ÖPP-Projekten zum Beispiel anhand der L 192, zu informieren, aus seiner Sicht handele es sich bei den Maßnahmen an dieser Straße um eine Aneinanderreihung von Missgeschicken.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, wendet ein, dass aus seiner Sicht unsachgemäßes Bauen an Verkehrswegen in Schleswig-Holstein an mehreren Stellen zu beobachten sei. Er bezweifelt, dass dies direkt mit dem Finanzierungsmodell zusammenhänge. Gegen eine detaillierte Aufarbeitung und gegebenenfalls eine schriftliche Anhörung zum Thema ÖPP sei nichts einzuwenden.

Abg. Vogel hebt hervor, dass aus seiner Sicht nicht nur die Frage, ob es möglich sei, sondern auch, ob es sinnvoll sei, stärker in den Fokus der Betrachtungen gerückt werden müsse, wenn man über ÖPP-Projekte berate. ÖPP-Projekte ergäben nur Sinn, wenn dadurch Effizienzgewinne erzielt werden könnten, das Projekt also durch Abschließen eines ÖPP-Vertrages für die öffentliche Hand günstiger würde als bei konventioneller Finanzierung. Diese seien aus Sicht seiner Fraktion bei Sanierungsvorhaben jedoch nicht gegeben. Hinzu komme, dass sich das Vergabeverfahren deutlich verlängere, wenn ÖPP eingebunden werde. Aus diesem Grunde werde man den Antrag ablehnen.

Abg. Arp weist darauf hin, dass die Qualität des Straßenbaus stärker mit der Sorgfalt der bauausführenden Firmen und dem Grad der Überwachung durch die zuständigen Behörden zusammenhänge als mit dem Finanzierungsmodell.

Abg. Dr. Breyer hebt hervor, dass seiner Ansicht nach das Finanzierungsmodell sehr wohl etwas mit der Qualität der Bauausführung zu tun habe, weil private Kostenträger in einer kostengünstigen Ausführung stärker interessiert seien als der Staat. Zu dem Vorschlag, eine Anhörung zu durchzuführen, hebt er hervor, dass, wenn der Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen keine Zustimmung der Koalitionsfraktionen finden könne, seiner Ansicht nach auch eine Anhörung entbehrlich sei.

Abg. Dr. Tietze plädiert dafür, die im Antrag vorhandene Idee einer Bundesratsinitiative zur Ermöglichung von ÖPP-Projekten auch bei der Instandhaltung von Autobahnen von der grundsätzlichen Debatte um die Sinnhaftigkeit von ÖPP-Projekten zu trennen. Eine kritische Diskussion zu Vor- und Nachteilen von ÖPP-Projekten im Ausschuss sei durchaus wünschenswert, dies habe jedoch nichts mit dem vorliegenden Antrag zu tun.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, betont, dass beide Fragen sinnvoll diskutiert werden könnten, sowohl grundsätzliche Überlegungen zu ÖPP wie auch ÖPP-Projekte bei der Instandhaltung.

Abg. Vogel regt an, in der durchzuführenden Anhörung nicht nur die Frage der Instandhaltung, sondern auch des Neu- und Ausbaus von Verkehrswegen im Zusammenhang mit ÖPP zu thematisieren, um ein umfassendes Bild zu erhalten. Er hebt hervor, dass er sich selbst nicht gegen ÖPP beim Weiterbau der A 7 ausgesprochen habe, dabei handele es sich aber auch nicht um ein Sanierungsprojekt, sondern um ein Ausbauprojekt.

Zurückkommend auf das Thema L 192 interessiert Abg. Magnussen, ob eine vom Bauunternehmer nicht erbrachte Leistung gegen die Vergabekriterien verstoße und ob es in diesem Fall Regressforderungen gebe.

Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass der Vorgang vor seiner Amtszeit abgeschlossen sei, die Landesregierung aber in der Lage sei, zu dem Thema Stellung zu nehmen. Er ergänzt darüber hinaus, dass ÖPP bei der Instandhaltung von Autobahnen rechtlich bereits möglich sei und aus diesem Grund keine Bundesratsinitiative notwendig werde.

Abg. Dr. Tietze betont, dass aus seiner Sicht eine Anhörung auch eine Bewertung von schon abgeschlossenen ÖPP-Projekten einschließen müsse.

Abg. Meyer merkt kritisch an, dass aus seiner Sicht eine Anhörung zu einem Antrag, der etwas fordere, das bereits rechtlich möglich sei, nicht sehr zielführend sei.

Abg. Arp regt an, eine Expertenanhörung zu öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen und ÖPP-Projekten insgesamt durchzuführen.

Abg. Vogt schlägt vor, sich im Rahmen einer Schwerpunktausschusssitzung mit dem Thema ÖPP im Verkehrsbereich gesondert zu widmen. Dabei könne man sich mit unterschiedlichen Akteuren unterhalten.

Abg. Dr. Tietze bittet die Landesregierung, in einem Überblick über den Ist-Stand über bisher gelaufene ÖPP-Projekte und deren Chancen und Risiken zu berichten.

Die Landesregierung sagt eine Analyse zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**S4 muss im vordringlichen Bedarf bleiben**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/306](#)

(überwiesen am 15. November 2012)

Abg. Arp führt aus, dass das Ziel des Antrags gewesen sei, die S4 im vordringlichen Bedarf zu belassen. Da dieses Ziel erreicht sei, ziehe man den Antrag zurück.

Staatssekretär Dr. Nägele weist darauf hin, dass die S4 nicht im Bundesverkehrswegeplan enthalten sei, da es sich dabei um eine Nahverkehrsverbindung handele. Im Bundesverkehrswegeplan sei aber die Elektrifizierung der Strecke Hamburg-Lübeck-Travemünde und der dreigleisige Ausbau der Strecke Wandsbek-Ahrensburg enthalten. Die Landesregierung verhandle über die Finanzierung der S4 mit dem Bund im Rahmen der sogenannten GVFG-Mittel. Bei einem neuen Stand werde man im Ausschuss berichten.

Mit Zustimmung des Antragstellers empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/306, für erledigt zu erklären.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Europäischer Radweg „Iron Curtain Trail“**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/279](#)

(überwiesen am 16. November 2012 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europaausschuss)

Abg. Vogel führt aus, dass der Antrag das Ziel verfolge, den Iron Curtain Trail in die Radwegeplanung aufzunehmen, um den ehemaligen Eisernen Vorhang erlebbar zu machen.

Abg. Breyer begrüßt den Antrag grundsätzlich, spricht sich aber für eine stärkere Einordnung in die Gesamtradwegeplanung aus und schlägt vor, eine Anhörung mit Betroffenen, zum Beispiel dem ADFC, schriftlich durchzuführen.

Abg. Arp stellt die Frage in den Raum, welche Mittel dafür in den Haushalt eingestellt werden müssten und welche Projekte dann nicht mehr finanziert werden können. Darüber hinaus stelle sich die Frage von Zuschüssen der Europäischen Union. - Der Vorsitzende, Abg. Vogt, pflichtet Abg. Arp bei.

Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass der in Rede stehende Radweg auf schleswig-holsteinischem Gebiet in großen Teilen identisch mit dem deutsch-deutschen Radweg sei. Dieser laufe nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in Mecklenburg-Vorpommern. Es gehe vor allem auch darum, eine gute Beschilderung zu schaffen. Eine weitere Einschränkung für geplante Verkehrsprojekte sehe die Landesregierung nicht. Er schlägt vor, in einer späteren Sitzung die Radwegnetzplanung der Landesregierung insgesamt vorzustellen, die auch touristischen Mehrwert habe.

Abg. Dr. Tietze weist auf eine umfangreiche vorliegenden Dokumentation des Iron Curtain Trail und auf die touristische Bedeutung des Konzepts hin, bei der Schilderung müsse darauf geachtet werden, auch eine Einbindung von touristischen Höhepunkten zu erreichen. Es gebe darüber hinaus auch europäische Zuschüsse. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, die gesamte Planung im Ausschuss darzustellen.

Abg. Breyer interessiert, welche konkreten Auswirkungen damit verbunden seien, den Iron Curtain Trail in den Radwegeplan aufzunehmen und welche Kosten gegebenenfalls durch eine neue Beschilderung entstehen könnten.

Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass Teile des Radwegs am Rande von Straßen verlaufen, nicht alles seien eigenständige Radwege. Die Landesregierung sei gern bereit, über einzelne Streckenabschnitte und durch Beschilderung entstehende Kosten im Ausschuss zu berichten.

Abg. Arp spricht sich ebenfalls dafür aus, über die Beschilderung und Kosten für etwaige Lückenschlüsse berichtet zu bekommen. Es gehe auch um den geplanten Zeitrahmen.

Die Landesregierung sagt zu, in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 19. Dezember 2012 über die Radwegeplanung insgesamt und Überlegungen zur Fortführung mündlich zu berichten sowie dem Ausschuss Kartenmaterial und detaillierte Kostenaufstellungen zu dem vorliegenden Projekt zu liefern.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, kündigt die Präsentation der Firma Scandlines am 19. Dezember 2012 und den Termin mit Vertretern der Deutschen Bahn am Donnerstag, den 21. Februar 2013, in der Mittagspause der Plenartagung an, bei dem über den aktuellen Stand der Bahnplanung berichtet werden solle.

Der Ausschuss kommt überein, die Vertreter der Bahn zu bitten, über die Schienenhinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung und auch die Planung für die Fehmarnsundbrücke zu berichten.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, regt an, auch im Zusammenhang mit der geplanten festen Fehmarnbelt-Querung eine Informationsreise des Ausschusses nach Kopenhagen durchzuführen.

Abg. Dr. Breyer äußert sich skeptisch, vor dem Hintergrund der Haushaltslage Ausschussreisen durchzuführen. Diese müssten einen konkreten Anlass haben.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass es sehr häufig Themen der Zusammenarbeit im verkehrs- und wirtschaftspolitischen Bereich mit Dänemark gebe und es aus diesem Grund sinnvoll sei, eine Informationsreise durchzuführen, um den Kontakt zu den Akteuren vor Ort aufzubauen.

Abg. Arp hebt die Bedeutung von Ausschussreisen zur Sammlung von Informationen hervor. Dies trage auch zur Verständigung der Parlamentarier zwischen den Parlamenten bei. Das sei auch wichtig, weil auch die Regierung Informationen vor Ort sammle. Dieses Recht müsse auch den Parlamentariern zustehen.

Abg. Dr. Tietze hebt als mögliche Thema die Verbindung von Malmö und Kopenhagen, damit verbundene ökonomische Effekte und gegebenenfalls den Unterschied zur Fehmarnbelt-Querung hervor. Er plädiert dafür, die Informationsreise zeitnah durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, kündigt an, nach der überwiegend positiven Rückmeldung eine mögliche Reise zu planen.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 10:25 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer